

Aachener Zeitung vom 07.12.2015, S. 4

Bei den Asylverfahren läuft es nicht rund

Vor allen aus den Reihen der SPD wächst die Kritik am Bundesamt für Migration und Flüchtlinge

VON GREGOR MAYNTZ
UND THOMAS REISENER

Berlin/Düsseldorf. Zweieinhalb Monate nach der Übernahme des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) wächst nun auch die Kritik am neuen Behördenchef Frank-Jürgen Weise. Die rheinland-pfälzische Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) sprach von „Zuständen, die nicht tragbar sind“. Auch die Nürnberger Behörde müsse flexibler werden. „Dienst von Montag bis Freitag – das geht in diesen Zeiten nicht mehr“, monierte Dreyer.

Nach einem Gespräch mit Weise während der Innenministerkonferenz in Koblenz nannte NRW-Innenminister Ralf Jäger (SPD) die Vorstellung „weitestgehend enttäuschend, in manchen Teilen sogar erschreckend“. Auch im öffentlichen Dienst seien „im Zweifelsfall mal Überstunden möglich“. Konferenzchef Roger Leventz (Mainz) verwies auf ein Zwei-Schichten-Modell im Saarland.

Die Kritik entzündete sich daran, dass das BAMF die Zahl der Entscheidungen zwar von 1000 auf 1600 pro Tag erhöht hat, dass derzeit aber immer noch doppelt so viele täglich an neuen Verfahren hinzukommen. Außerdem warten viele Flüchtlinge inzwischen acht Monate, bis sie überhaupt einen Antrag einreichen und das Verfahren starten können. Deshalb befürchten die Beobach-

ter, dass das BAMF mit einem Berg von bis zu einer Million unbearbeiteter Verfahren aus diesem Jahr hinausgeht.

Obwohl das Personal zu Jahresbeginn um weitere 4000 Stellen aufgestockt wird, könnte es bis Mai dauern, bis die Behörde in der Lage ist, monatlich 80 000 Verfahren zu bearbeiten. So viele Flüchtlinge waren im Spätsommer in einer Woche gekommen.

Vor diesem Hintergrund betrachtet es FDP-Chef Christian Lindner als „kapitalen Fehler“, zu

„In Notsituationen wie diesen müssen auch Beamte mal zu Überstunden verpflichtet werden können und ranklotzen“

BERND SCHNEIDER, STÄDTE- UND GEMEINDEBUND IN NRW

Einzelprüfungen auch bei Flüchtlingen aus Syrien zurückzuführen. „So wächst nur der Berg unerledigter Anträge“, sagte er unserer Redaktion. Stattdessen müsse nach einer notwendigen Identitätsfeststellung ein eigener Status für Kriegsflüchtlinge geschaffen werden, damit diese Verfahren aus dem BAMF verschwinden. Mit der gewonnenen Kapazität könnten die anderen Verfahren beschleunigt werden. Lindner: „Nur kurze Verfahren und anschließende Ausreise senden das Signal in Länder wie Pakistan oder Nigeria, dass auch Deutschland bei aller Solida-

rität nicht jeden nehmen kann.“ Unions-Innenexperte Stephan Mayer verteidigte die Behörde, deren Belegschaft sich innerhalb von nur zwei Jahren annähernd verdoppelt habe. Das Konzept von Weise sei „nachvollziehbar und umfangreich“ und auch geeignet, Hunderttausende von Altfällen schnellstmöglich abzubauen. „Ich habe den Eindruck, dass manche Länder durch die Kritik am BAMF von eigenen Fehlern und eigenen Unzulänglichkeiten bei der Unterbringung der Flüchtlinge und insbesondere von der immer noch unzureichenden Abschiebung von ausreisepflichtigen abgelehnten Asylbewerbern ablenken wollen“, erklärte Mayer.

Dagegen sieht der SPD-Fraktionsvize im NRW-Landtag, Hans-Willi Körfges, beim BAMF ein „Organisationsversagen, für das der zuständige Bundesinnenminister Thomas de Maizière politisch mitverantwortlich“ sei. Die Last trügen die Kommunen, denn solange die Verfahren nicht abgearbeitet seien, könnten die Flüchtlinge weder zurückgeführt noch integriert werden.

Weiter geht die Kritik von NRW-CDU-Fraktionsvize André Kuper: „Wir haben in Deutschland bei der Erstaufnahme ein komplettes Organisationsversagen der Behörden, nicht nur beim BAMF.“ Er verwies auf Zehntausende von Flüchtlingen, die allein in NRW in Notunterkünften auf die Ersterfassung durch die Landesbehörden warteten. Andererseits würden Flüchtlinge in Deutschland teilweise drei- bis vierfach neu erfasst. Die gesamten Datensysteme müssten



Doppelt belastet und hart kritisiert: Frank-Jürgen Weise, der Chef der Bundesagentur für Arbeit und des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge. Foto: dpa

besser vernetzt werden.

Bernd Schneider, Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes in NRW, verlangt ebenfalls Mehrarbeiten beim BAMF: „In Notsituationen wie diesen müssen auch Beamte mal zu Überstunden verpflichtet werden können und ranklotzen.“ Es könne nicht sein, dass die Kommunen rund um die Uhr gegen die Flüchtlingskrise anarbeiten und das BAMF mit seinem Beitrag zur Lösung nicht nachkomme.